



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

12.06.01

Hearing Behindertenpolitik

Presseerklärung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit beantragen, daß ein Hearing zur Behindertenpolitik in Dortmund durchgeführt wird. Im Rahmen dieses Hearings sollen sowohl Betroffene als auch externe Experten zu Wort kommen.

Auslöser für die im Sozialausschuß bereits diskutierte Idee für ein solches Hearing war das drohende Insolvenzverfahren beim BDP, der sich nach der Ausgliederung einer gGmbH auf die Pflege von Schwerstbehinderten spezialisiert hat. Dabei ist wieder einmal deutlich geworden, wie schwierig die Situation für behinderte Menschen ist, die ihr Leben nicht ohne Hilfe organisieren können und auf entsprechende Hilfen angewiesen sind. Den vom BDP betreuten Behinderten, die im Rathaus demonstriert haben, wurde die Durchführung eines solchen Hearings bereits zugesagt.

Dazu stellt Daniela Schneckenburger als Vorsitzende des Sozialausschusses fest: „Es darf einfach nicht sein, daß Behinderten nur noch die absolut notwendigen Minimalleistungen zugestanden werden. Oberstes Ziel muß es sein, eine gleichberechtigte und selbstverständliche Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dies gilt – unabhängig von der Schwere ihres Handicaps – für alle Behinderten gleichermaßen. Die nötigen Voraussetzungen müssen in verschiedenen Bereichen geschaffen werden: Neben der zu gewährleistenden ambulanten Betreuung im häuslichen Umfeld

muß es ausreichenden behindertengerechten Wohnraum, gegebenenfalls auch Wohnprojekte behinderter und nicht-Behinderter Menschen geben, die ebenfalls dazu dienen, das selbständige Leben behinderter Menschen zu ermöglichen. Mindestens ebenso wichtig wie der Wohnraum ist der behindertengerechte öffentliche Raum. Daß es daran in Dortmund an vielen Stellen hapert, hat der Arbeitskreis „Der behinderte Mensch“ bei Begehungen in verschiedenen Stadtbezirken immer wieder dokumentiert.

Darüber hinaus muß es in dem Hearing auch um die Situation behinderter Kinder, deren Frühförderung und deren Integration in Schulen gehen. Auch hier hat sich in der Vergangenheit gezeigt, daß betroffene Eltern nicht in dem Maß unterstützt werden, wie das notwendig wäre. Ein Problem stellt dabei letztlich immer wieder die Finanzierung und die Frage der Kostenträgerschaft dar.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen ein Hearing als eine Möglichkeit an, bestehende Probleme nicht nur öffentlich zu thematisieren, sondern auch über eine weitergehende Unterstützung durch die Stadt Dortmund zu beraten.